



Presseschau vom 21.05.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 18:20 Uhr das Feuer aus Richtung Nowoselowka Wtoraja in Richtung **Wasiljewka** unter Verwendung von großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

Unter Beschuss geriet auch das Gebiet der **Wasiljewker Pumpstation** erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke, das Personal befindet sich im Schutzraum. Informationen über Schäden werden ermittelt.

de.sputniknews.com: **Neuer ukrainischer Präsident bittet USA um härtere Russland-Sanktionen**

Der frisch vereidigte ukrainische Präsident Wladimir Selenski hat die USA zur Verschärfung der Sanktionen gegen Russland aufgerufen. Dies geht aus einer Mitteilung des Präsidenten-Presse Dienstes hervor.

Nach der Vereidigung traf sich Selenski mit den Vertretern des Weißen Hauses, die zu der Zeremonie in Kiew eingeladen waren.

„Selbstständig können wir die russische Aggression im Donbass und auf der Krim nicht überwinden. Deshalb brauchen wir Ihre Hilfe. Ich möchte Sie dazu aufrufen, dass die USA die Sanktionen gegen Russland weiter verschärfen“, sagte der neue Staatschef.

Washington bleibe weiterhin der wichtigste Partner Kiews bei der Bekämpfung der „russischen Aggression“. Selenski bedankte sich zudem bei den amerikanischen Vertretern für ihre Hilfe bei der Umsetzung der Reformen in der Ukraine, darunter auch im Sicherheitsbereich, und bezeichnete die USA als „gutes Beispiel“ der Demokratie.

Selenski hat am Montag, nach seiner Amtseinführung, die Auflösung der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) angekündigt. Darüber hinaus forderte er, dass der Chef des Ukrainischen Sicherheitsdienstes SBU, der Generalstaatsanwalt, sowie der Verteidigungsminister des Landes entlassen werden.

Die nächsten Parlamentswahlen waren für Oktober dieses Jahres anberaumt. Nun verbleiben den Abgeordneten nur noch zwei Monate Amtszeit.

Seine vorrangige Aufgabe nannte Selenski das Ende des Krieges im Osten der Ukraine. Dafür sei ihm kein Preis zu hoch: Er sei bereit, seine Popularität und sogar im Endeffekt sein Amt zu verlieren, wenn das für den Frieden nötig sei. Zudem wolle er die verlorenen Gebiete der Ukraine zurückholen. „Sowohl die Krim als auch der Donbass ist ukrainisches Land“, sagte Selenski. ...



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32501/64/325016424.jpg>

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt, teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit..

Beschossen wurde das Gebiet von **Shelobok**.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 2 Mai 3:00 Uhr bis 21. Mai 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 5. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Wasiljewka, Shabitschewo, Spartak, Leninskoje**.

Wie schon mitgeteilt wurde, haben die BFU das Gebiet der Wasiljewker Pumpstation beschossen, das Personal war gezwungen in den Schutzraum zu gehen.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 49.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR

abgefeuerten Geschosse 125.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Maduro plädiert für vorgezogene Parlamentswahlen**

Venezuelas Präsident Nicolas Maduro hat sich via Twitter für vorgezogene Parlamentswahlen ausgesprochen.

„Nehmen wir die Herausforderung an, uns vorgezogenen Wahlen zur Nationalversammlung zu stellen, damit wir mit Stimmen zeigen, wer den Rückhalt des Volkes genießt“, twitterte der venezolanische Staatschef.

Die Opposition hat 2015 die Mehrheit in der Nationalversammlung erhalten, die nächsten regulären Wahlen stehen Ende 2020 an.

Am 23. Januar hatte sich der Präsident der Nationalversammlung von Venezuela (Asamblea Nacional), Juan Guaidó, während der Proteste zum Übergangspräsidenten des Landes erklärt. Die USA und einige lateinamerikanische Staaten erkannten Guaidó umgehend als Interimsstaatschef an. Russland, China, die Türkei und weitere Staaten bekundeten dagegen Solidarität mit Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem von den USA inszenierten Putschversuch sprach.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32465/73/324657337.jpg>

Lug-info.com: **Eine Reise nach Charkow endete für den Einwohner von Altschewsk Daniil Koltjakow fast mit einer zwangsweisen Einberufung in die militärischen Strukturen der Ukraine.**

Dies teilte der Pressedienst des Ministeriums für Staatssicherheit der LVR mit.

Koltjakow erzählte, dass er in Charkow an einer Metrostation vom Militär festgenommen und zwangsweise in ein Militärkommissariat gebracht wurde. Eine ärztliche Kommission stellte fälschlicherweise fest, dass er für den Militärdienst geeignet sei.

„Man sagte mir, dass ich jetzt eine schriftliche Bestätigung bekomme, wir fahren los, und dort war dann ein Sammelpunkt. Mit mir waren dort Menschen aus verschiedenen Oblasten, mir wurde klar, dass sie auch auf der Straße gefangen wurden“, sagte der Altschewsker.

„Wir alle versuchten, sowohl die Polizei als auch Kontrollorgane anzurufen, an den ersten Tagen war das erfolglos. Ich befand mich dort sechs Tage, am siebten Tag wurde ich entlassen“, teilte Koltjakow mit.

Das MfS der LVR unterstrich, dass der Einwohner von Altschewsk unter Nutzung der Entlassungsurkunde trotz der Drohungen von Mitarbeitern der Militärkommissariats, ein Strafverfahren aufzunehmen und ihn dem SBU zu übergeben, desertierte.

Dnr-online.ru: Wie das Arbeits- und Sozialministerium der DVR mitteilte, haben Teilnehmer von Kampfhandlungen und Invaliden des Großen Vaterländischen Krieges 1941-1945 sowie des Krieges mit Japan 1945 Lebensmittelpakete erhalten.

Das Ministerium gab die Lebensmittelpakete anhand von Listen der örtlichen Verwaltungen aus.

Die Ausgabe der Lebensmittelpakete zum Tag des Sieges begann am 7. Mai, bis heute haben 400 Menschen solche Pakete erhalten.

de.sputniknews.com: **Syrien: Präsident Assad eröffnet Zentrum für Bekämpfung terroristischer Ideologie**

Syriens Präsident Baschar al-Assad hat am Montag das „Internationale Zentrum zur Terrorismus- und Extremismusbekämpfung“ eröffnet, wie der Pressedienst des Staatschefs bekanntgab. Geplant ist unter anderem eine Kooperation mit Wissenschaftlern und muslimischen Theologen aus Russland.

Das unter der Schirmherrschaft des syrischen Ministeriums für religiöse Stiftungen eingerichtete Zentrum setzt sich aus dem Nationalen Institut für Imame und Freitagsprediger aller Provinzen Syriens, dem Internationalen Institut „Schariatischer und arabischer Wissenschaften“ sowie einem Zentrum für Monitoring und Analyse im Internet veröffentlichter extremistischer Materialien und radikaler Fatwas zusammen.

Auch eine Abteilung zur Bekämpfung terroristischer Ideologie wurde in dem Zentrum eingerichtet. Die dortige Bibliothek sowie Vortragsäle sind für Besucher zugänglich. In dem neuen Zentrum sollen Theologen „nach der gemäßigten Methode der Wissenschaftler der Levante“ ausgebildet werden.

Wie der syrische Minister für religiöse Stiftungen, Mohammed Abdul-Sattar al-Sayyed, in einem Interview mit RIA Nowosti im April offenbarte, werde man sich dort vor allem mit der korrekten Interpretation der Koranverse sowie des Islams im Allgemeinen beschäftigen, um sich gegen terroristische Organisationen und verschiedene extremistische Bewegungen zu stellen.

Der Vorsitzende der Geistlichen Versammlung der Muslime Russlands, Albir Krganow, verriet, dass im Rahmen des neu entstandenen Zentrums eine enge Zusammenarbeit von syrischen religiösen Wissenschaftlern mit ihren russischen Kollegen geplant sei. Denn beim Kampf gegen die terroristische Ideologie brauche Syrien die in den 1990ern und 2000ern im Nordkaukasus gesammelte russische Erfahrung.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32501/77/325017718.jpg>

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Infolge des Wechsels des Präsidenten der Ukraine und seines Teams ist der wichtigste Dialog zur friedlichen Regelung des

militärischen Konflikts im Donbass bedroht.

Ein weiteres Treffen der Kontaktgruppe in Minsk sollte Anfang Mai 2019 stattfinden, aber auf Bitten der ukrainischen Seite wurde das Treffen auf den 22. Mai verschoben.

Aber auch diesmal hat sich die ukrainische Delegation ihren Verpflichtungen entzogen und dies mit dem Fehlen von Vollmachten begründet und hat so erzwungen, dass die Arbeit des einzigen Ortes für direkte Verhandlungen der Konfliktseiten gestoppt wurde und die nächste Sitzung der Kontaktgruppe und ihrer Arbeitsgruppen auf das nächste geplante Datum, den 5. Juni 2019, verschoben wurde.

Zur Wiederaufnahme eines vollwertigen Verhandlungsprozesses muss die neue Führung der Ukraine einen konkreten Schritt zur Regelung der Situation auf diplomatischem Weg tun und bis zur nächsten Sitzung bevollmächtigte Vertreter in der Kontaktgruppe und ihren Arbeitsgruppen ernennen, deren Aufgabe ein konstruktiver Dialog mit den Republiken und eine konsequente Erfüllung der unterzeichneten Minsker Vereinbarungen sein wird.

Wir hoffen, dass es dank dessen der OSZE am 5. Juni gelingen wird, eine inhaltsreiche Sitzung der Kontaktgruppe zu organisieren, die den Verhandlungsprozess zur Regelung des militärischen Konflikts zwischen Kiew und Donbass aus dem Stillstand herausführen wird.

de.sputniknews.com: Russland erhöht rasch Öllieferungen in die USA – Bloomberg

Russland hat laut Bloomberg in der ersten Maihälfte fünf Millionen Barrel Öl in die USA geliefert.

Der Agentur zufolge handelt es sich dabei um Öl der Sorte Urals, das durch die amerikanischen Terminale PADD 3 und PADD 1 geliefert wird. Im Jahr 2018 belief sich dieses Volumen auf ganze 7,52 Millionen Barrel, während es im Jahr 2017 lediglich 1,58 Millionen Barrel ausmachte.

Der Verwaltungspartner von Caracas Capital, Russ Dallen, bestätigte, dass Lieferungen russischen Öls in die USA rasch zugenommen hätten. In der ersten Mai-Hälfte brachten Bloomberg zufolge 13 Schiffe aus Russland fünf Millionen Öl und Ölprodukte in die USA. Laut Dallen wollen amerikanische Erdölverarbeitungswerke diese Lieferungen verdreifachen. Zugleich verwies Bloomberg darauf, dass sich die Erdölförderung in Venezuela verringert hat. Während im März 2018 täglich 1,33 Millionen Barrel Öl in Venezuela gefördert wurden, waren es im März 2019 lediglich 740.000 Barrel.

Laut der Agentur nehmen die Öllieferungen aus Russland in die USA aufgrund der Verringerung des Exports aus anderen Erdölgewinnungsregionen zu. Grund sind die Sanktionen gegen Venezuela sowie die Reduzierung der Ölförderung durch die OPEC-Länder. Am 28. Januar hatte Washington Sanktionen gegen das venezolanische staatliche Erdölunternehmen PDVSA angekündigt. Die US-Regierung hatte die Konten des Unternehmens, auf denen sich sieben Milliarden Dollar befanden, gesperrt, um so den venezolanischen Staatschef, Nicolás Maduro, in die Knie zu zwingen und zugleich den selbsternannten Präsidenten, Juan Guaidó, zu unterstützen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30928/69/309286909.jpg>

Lug-info.com: **Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego**

Die nächste Sitzung der Kontaktgruppe und ihrer Unterarbeitsgruppen ist durch die Schuld der ukrainischen Seite gescheitert. Die Vertreter der Ukraine in den Untergruppen weigerten sich mit Bezug auf fehlende Vollmachten im Zeitraum des „Regierungswechsels“ an der Arbeit am 22. Mai in Minsk teilzunehmen. Im Zusammenhang damit schlug der Koordinator der Kontaktgruppe vor, eine Sitzung im Rahmen einer Videokonferenz durchzuführen. Aber der Vorwand, der von der ukrainischen Seite vorgebracht wird, sieht nicht überzeugend aus. Wenn die ukrainischen Vertreter keine Vollmachten haben, können sie auch an einer Videokonferenz nicht teilnehmen. Aber wenn sie Vollmachten haben, müssen sie nach Minsk kommen, denn keinerlei Videokonferenz kann effektiver sein als direkte Verhandlungen. Zu versuchen, eine Videokonferenz dort durchzuführen, wo ein unmittelbarer direkter Dialog geplant war, ist klar ein Weg ins Nirgendwo.

Als Folge ist der für den Donbass und die Ukraine wichtigste Dialog zur friedlichen Regelung des internen Konflikts zeitweilig aufgrund von erdachten Gründen gestoppt.

Wir hoffen, dass diese Verzögerung tatsächlich zeitweilig ist, und wir rufen die ukrainische Seite auf, in kürzester Frist alle „organisatorischen Hindernisse“ zu beseitigen und eine Vertretung der Ukraine bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe zu gewährleisten, so dass die OSZE die Möglichkeit hat, vollwertige Verhandlungen am 5. Juni 2019 in Minsk zu organisieren.

Der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Verhandlungen in Minsk, der Außenminister der LVR, Wladislaw Dejnego

nachmittags:

Dan-news.info: Eine Büste des Helden der Republik, des Kommandeurs der legendären internationalen Brigade „Pjatnaschka“ Oleg Mamijew (Codename „Mamaj“) wurde heute im Park des Leninschen Komsomol in der Hauptstadt der DVR eingeweiht. An der Zeremonie nahm das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin teil.

„Dies war ein Mensch, der auf den Ruf seines Herzens hin seinen friedlichen Alltag verließ und in den Krieg zog, weil er fühlte, wo die Gerechtigkeit ist und wo die Feinde“, sagte das Staatsoberhaupt. „Alle Einwohner der DVR sind für seine Taten unendlich dankbar“.

An der Veranstaltung nahmen auch der Vorsitzende des Volkssowjets Wladimir Bidjowka, Mitglieder der Regierung, Abgeordnete, Vertreter örtlicher Behörden, ehemalige Kameraden von „Mamaj“ teil. Speziell zur Zeremonie kamen der Präsident von Südossetien Anatolij Bibilow sowie die Witwe von Mamijews Larissa und sein Sohn Saur.

„Er war in jedem Sinne ein Held – als Soldat, als Mensch, als Mann und Vater. Ich hoffe sehr, dass unser Sohn ihm ähnlich sein wird, weil er ein würdiges Vorbild ist. Die Verewigung seines Andenkens bedeutet, dass Oleg lebt und immer leben wird. Solange man sich an ihn erinnert, wird er mit uns sein“, sagte die Witwe.

Die Versammelten ehrten mit einer Schweigeminute das Andenken Mamijews und legten Blumen am Denkmal nieder.

Oleg Mamijew hatte an den Kämpfen in Südossetien teilgenommen. Er kam im Mai 2014 in den Donbass, bald nach dem Staatsstreich in Kiew. Er war an vielen militärischen Operationen beteiligt. Er leitete die internationale Brigade „Pjatnaschka“. Das Leben „Mamajs“ endete am Abend des 17. Mai 2018: bei der Ausübung seiner dienstlichen Pflichten in der Nähe von Jasinowataja wurde der Brigadekommandeur tödlich verletzt.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/05/dan-news.info-2019-05-21_11-40-25_318038-otkrutie_busta_mamiev_210519-131.jpg

Dnr-online.ru: „Nach Informationen, die jedes Quartal von den Verwaltungen der Städte und Bezirke eingehen, wurden bis zum 20. April auf dem Territorium der DVR 10.062 Objekte wiederaufgebaut, die infolge von Kämpfen beschädigt wurden: 7947 private und 2115 Mehrparteienwohnhäuser. So wurden im letzten Quartal 67 private und 53 Mehrparteienwohnhäuser wiederaufgebaut“, teilte der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez mit.

Der Minister stellte dabei fest, dass die Zahl der durch Beschuss beschädigten Häuser wächst. „Infolge von Kämpfen wurden insgesamt 26.909 Objekte des Wohnungswesens beschädigt (22.155 private und 4754 Mehrparteienwohnhäuser). Erhebliche Schäden erlitten mehr als 10.000 Wohnhäuser. Nicht wieder aufgebaut werden können 2000 Häuser – in der überwiegenden Mehrheit sind dies Häuser des privaten Sektors“, berichtete Sergej Naumez. Nach den Worten des Ministers wächst die Zahl der Zerstörungen von Wohnraum in der Republik hauptsächlich im Bereich von individuellen (privaten) Wohnhäusern in Ortschaften der Frontzone, die durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschädigt oder zerstört werden. Allein im letzten Quartal wurden in der frontnahen Zone 205 private Wohnhäuser beschädigt.

Wir erinnern daran, dass der Wiederaufbau der beschädigten Wohnhäuser im Rahmen von staatlichen Programmen, mit Unterstützung humanitärer Organisationen sowie durch die

Besitzer selbst erfolgt. Derzeit sind in der Republik wenig mehr als 37% der durch Beschuss beschädigten Wohnhäuser wieder aufgebaut.

de.sputniknews.com: FSB-Chef warnt: Terroristen können Chemiewaffen herstellen und diese mittels Drohnen einsetzen

Terror-Gruppierungen verfügen laut dem Chef des russischen Inlandsgeheimdienstes Alexander Bortnikow über Möglichkeiten, um Chemiewaffen und biologische Giftstoffe einzusetzen.

Bortnikow teilte bei der Eröffnung der Sitzung des Rates der Leiter der Sicherheits- und Geheimdienste der Gus-Mitgliederstaaten in Duschanbe mit, es gebe „zuverlässige Angaben über die Erarbeitung neuer Mittel und Methoden zur Umsetzung von Wühltätigkeit durch Banditen“.

Die Terroristen verfügen ihm zufolge über Materialien, Technologien und Infrastruktur für die Herstellung der Chemiewaffen und Biogiftstoffe“. Für die Lieferung der Wirkungselemente werden Drohnen eingesetzt.

Darüber hinaus sollen die Terroristen die Aktivitäten und technische Ausstattung ihrer Cyber-Abteilungen intensivieren, die auf die Desorganisation der Funktionsfähigkeit von Machtorganen abzielen. Dabei werden E-Mail-Services ausländischer Länder und die IP-Telefonie für den massiven Versand von Falschmeldungen mit Terrordrohungen genutzt.

Ferner teilte Bortnikow mit, dass die im Nahen Osten zerschlagenen Terroristen immer noch die Möglichkeit hätten, Attacken in aller Welt auszuüben, darunter auch „unter Mitwirkung von ausländischen Sponsoren“.

Große Dschihadistenformationen seien zerstört worden. Aber derzeit würden sie versuchen, sich in den von der syrischen Regierung nicht kontrollierten Zonen neu zu ordnen oder in Flüchtlingscamps zu bleiben. Darüber hinaus planen die Terroristen, so Bortnikow, nicht nur Witwen und Frauen von Kämpfern, sondern auch deren Kinder für die Ausübung von Terroranschlägen einzusetzen.

Abschließend äußerte Bortnikow seine Besorgnis über die Filiale der Terrormiliz IS („Islamischer Staat“; auch Daesh) Wilayah Khorasan, die bereits circa 5000 Kämpfer in nördlichen Bezirken Afghanistans angelockt habe. Die Mitglieder dieser Organisation sind überwiegend Gus-Bürger, die in Syrien kämpften.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32023/85/320238561.jpg>

mil-lnr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponko

Die ukrainischen Kämpfer haben in den letzten 24 Stunden **einen provokativen Beschuss** mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen in Richtung Slawjanoserbsk

durchgeführt.

Auf Befehl des Kommandeurs der 10. Gebirgsturmbriade des Kriegsverbrechers Subanitsch wurde die Umgebung von **Shelobok** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Während sie zeitweilig die Intensität des Beschusses des Territoriums der Republik reduzieren, **konzentrieren die ukrainischen Streitkräfte weiter Kräfte und Mittel an der Kontaktlinie.**

So hat unsere Aufklärung die Ankunft von drei Schützenpanzern im Gebiet von Luganskoje und von vier URAL-Lastwagen mit Munition im Gebiet von Troizkoje festgestellt. Wir schließen provokativen Beschuss in der nächsten Zeit in diesen Gebieten nicht aus.

Außerdem sind nach Informationen unserer Quellen im Gebiet von Solotoje-4 zur Verstärkung der Positionen der Mörsermannschaften drei Scharfschützenpaare eingetroffen. Diese Handlungen sind auf gezielten Beschuss friedlicher Bürger gerichtet, um anschließend die Einheiten der Volksmiliz dessen zu beschuldigen.

Außerdem verwendet das Kommando der OOS weiter **Mittel der elektronischen Kriegführung zur Behinderung von OSZE-Drohnen**, um das Vorhandensein von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen schweren an der Kontaktlinie zu verheimlichen.

Wir haben die Aktivität von Störeinrichtungen des Gegners aus dem Bestand der 305. Bataillons für elektronische Kriegführung der ukrainischen Streitkräfte in Richtung Debalzewo und Slawjanoserbsk festgestellt. Außerdem verweisen Vertreter der OSZE in ihrem Bericht vom 20. Mai ein weiteres Mal auf die Behinderung der Arbeit und die Unterdrückung der GPS-Signale von Seiten der ukrainischen Truppen.

Wie wir bereits zuvor gesagt haben, werden in der 10. Gebirgsturmbriade im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Abzugs in den ständigen Stationierungspunkt und der großen Zahl von Diebstählen von Waffen und Munition von Mitarbeitern der Militärstaatsanwaltschaft Ermittlungsmaßnahmen durchgeführt.

Gestern haben die Ermittler im Gebiet von Trjochisbjonka ein Versteck mit großkalibriger Munition gefunden. Insgesamt wurden 270 152mm-Artilleriegranaten OF-22 und etwa 350 RGM-2-Detonatoren beschlagnahmt. Während der Ermittlungsmaßnahmen wurden vier Funktionsträger festgenommen, sie alle sind Offiziere der Brigade, die unmittelbar für die Buchhaltung und Lagerung von Waffen und Munition verantwortlich sind.

In den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte ist eine Zunahme der nicht kampfbedingten Verluste unter dem Personal festzustellen.

Ein weiterer Fall ereignete sich am 19. Mai in einer der Einheiten der 54. mechanisierten Brigade im Gebiet von Nowoswanowka. Zwei ukrainische Soldaten erlitten Splitterverletzungen, als sie auf eine Mine gerieten, die von Soldaten ihrer eigenen Einheit installiert worden war. Das Brigadekommando verheimlichte die wahren Ursachen des Vorfalls gegenüber dem übergeordneten Stab. Nach bereits vorhandener Tradition hat der Brigadekommandeur Majstrenko die nicht kampfbedingten Verluste gegenüber dem übergeordneten Kommando als kampfbedingt dargestellt, angeblich aufgrund von Beschuss von Seiten der Volksmiliz. Auf das Konto Majstrenkos gehen 56 tote und 244 verletzte Soldaten.

de.sputniknews.com: **US-Sanktionen haben venezolanische Wirtschaft fast zehn Jahre gekostet – Botschafter**

Der venezolanische Botschafter in Moskau Carlos Rafael Faria Tortosa hat bei einem Briefing am Dienstag den Wert des Schadens verraten, den die US-Sanktionen in seinem Land im Laufe von drei Jahren angerichtet haben.

Zwischen 2015 und 2018 hat Venezuela durch die wirtschaftliche Blockade seitens der USA schätzungsweise 130 Milliarden US-Dollar verloren.

„Mit diesen Geldmitteln hätte unser Land, unsere Wirtschaft neun Jahre bestehen können“, betonte Faria Tortosa bei einem Briefing in Moskau.

Die Regierung Maduro führt einen „sehr ungleichen Krieg gegen die wirtschaftlich und militärisch weltweit stärkste Staatsmacht, gegen die USA“, füge er hinzu.

Allerdings habe die venezolanische Regierung einen Weg gefunden, um die von den USA gegen die Goldreserven Venezuelas eingeführten Sanktionen zu umgehen, gab der Botschafter bekannt.

„Genauso werden wir auch in Bezug auf andere (Straf-)Maßnahmen handeln, die gegen unser Land verhängt werden“, betonte er.

Zuvor war bekannt geworden, dass Venezuela Tonnen Gold im Gesamtwert von 400 Millionen US-Dollar verkauft hatte – trotz des Drucks, den die Vereinigten Staaten auf die potenziellen Käufer ausgeübt hatten.

Im Januar hatte Washington Sanktionen gegen das venezolanische staatliche Erdölunternehmen PDVSA eingeführt und dessen Bankkonten im Gesamtwert von sieben Milliarden US-Dollar gesperrt. Vor dem Hintergrund des Rückgangs der Öllieferungen in die USA steigerte Caracas seine Ölexporte nach Indien und in die EU.

Im März 2015 hatte der einstige US-Präsident, Barack Obama, Sanktionen gegen venezolanische Regierungsbeamte eingeführt – als Antwort auf die Forderung von Caracas, das Personal der US-Diplomatenmission in Venezuela drastisch zu kürzen. Seitdem wurden die US-Sanktionen gegen das lateinamerikanische Land mehrmals ausgeweitet und verschärft.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 21.05.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **fünfmal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von vier Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Donezk** haben die Verbrecher der 93. und der 57. Brigade unter Kommando von Bryshinskij und Mischantschuk die Gebiete **Shabitschewo, Wasiljewka und Spartak** mit Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Kämpfer der 93. Brigade haben zielgerichtet das Gebiet der **Wasiljewker Pumpstation** erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke beschossen und vorsätzlich Hindernisse bei der Funktion des lebenswichtigen Objektes geschaffen.

In **Richtung Mariupol** haben ukrainische Kämpfer von den Positionen der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch das Gebiet von **Leninskoje** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik neun Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert.

Im Ergebnis von erwidertem Feuer unserer Verteidiger mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurden **zwei ukrainische Kämpfer im Gebiet von Wodjanoje verletzt**.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine verletzten weiter aktiv die Minsker Vereinbarungen.

So haben ukrainische Kämpfer gestern in der Nähe der Kontaktlinie in Richtung Gorlowka versucht, eine **Drohne zur Aufklärung und dann auch zur Feuerleitung der Artilleriesysteme** zu verwenden.

Dank sachkundiger und organisierter Handlungen von Soldaten der Luftabwehr wurde die Drohne **rechtzeitig entdeckt und abgeschossen**. Der Kommandeur der 30. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, der Verbrecher Garas hat ein weiteres Luftkampfmittel verloren. Es ist die **Verheimlichung von Verbrechen und Vorfällen** in der 30. mechanisierten Brigade und von Fällen von Korruption in der 35. Marineinfanteriebrigade festzustellen.

So fand am 18. Mai im 2. mechanisierten Bataillon der 30. Brigade auf den Positionen im Gebiet von Nowoluganskoje aufgrund von persönlichen Auseinandersetzungen nach dem Genuss von Alkohol ein Streit zwischen Soldaten statt. Infolge des Konflikts schoss einer der

Kämpfer dem anderen mit einer Maschinenpistole in den Kopf.

Nach der Durchführung von Ermittlungen entschied der Kommandeur des Bataillons Oberstleutnant Kulikowskij, dem Stab der Brigade über die wahren Ursachen des Todes seines Untergebenen nicht zu berichten und stellte ihn als Selbstmörder dar. Der Kommandeur der 30. Brigade Garas seinerseits hat bis jetzt den übergeordneten Stab nicht über den Vorfall informiert. Im Endeffekt wurde aus dem in einem betrunkenen Streik getöteten ukrainischen Kämpfer in den Augen des Kommandos der Besatzungskräfte und der Öffentlichkeit ein weiteres Opfer von Fake-Beschuss von den Positionen der Volksmiliz.

In den Einheiten der 35. Brigade der BFU sind Fälle von **Verkauf von militärischem Eigentum** festzustellen.

Allein im letzten Monat haben Kämpfer der 35. Brigade unter persönlicher Leitung und Schutz des Verbrechers Palas und des Kommandeurs eines Panzerbataillons, Oberleutnant S.W. Olejnik, Infrarotsichtgeräte und Nachtsichtgeräte sowie Tarnnetze, die unter anderem von Freiwilligenorganisationen kamen, in einer Summe von mehr als 2 Mio. Griwna an Zivilisten verkauft.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass im Vorfeld einer weiteren Inventarisierung und des Besuchs einer Kommission aus dem Stab der OOS nach bereits erprobtem Schema ein weiterer Brand in einem Feldlager für Raketenartilleriewaffen stattfinden wird.

So werden Diebstahl und nachlässiges Herangehen an die dienstlichen Obliegenheiten in den Reihen der BFU zu einem natürlichen Zustand der ruhmreichen ukrainischen Armee, die danach strebt, ihren Platz neben den Weltmächten einzunehmen.

abends:

de.sputniknews.com: **„Angriff auf Europas Sicherheitsarchitektur“: Moskau zu US-Gesetzentwurf gegen Nord Stream 2**

Die US-Regierung will den Bau der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 mit Sanktionen verhindern und ein entsprechendes Gesetz verabschieden. Darüber sprach der US-Energieminister Rick Perry am Dienstag während eines Besuches in Kiew, meldet Reuters. In seiner Antwort auf Perrys Rede zeigte sich Moskau entschlossen, das Projekt weiter umzusetzen.

Ein Gesetz, das Strafen gegen an dem Projekt beteiligte Unternehmen vorsehe, werde „in nicht zu ferner Zukunft“ vorliegen, so Perry.

Der stellvertretende Außenminister Russlands Alexander Gruschko verurteilte die Initiative der USA als „Angriff auf die europäische Sicherheitsarchitektur“.

Das Projekt sei wirtschaftlich sinnvoll und entspreche den Interessen der Energiesicherheit Europas. Einige Länder würden aber „ungeeignete geopolitische Werkzeuge nutzen, um sich ein günstigeres Umfeld für die eigene wirtschaftliche Aktivität zu schaffen“.

Einfach gesagt wollen die USA Europa dazu zwingen, teures US-Gas zu kaufen, erörterte Gruschko am Rande eines Treffens des Diskussionsklubs Waldai am Dienstag.

Letztendlich werde alles darauf ankommen, ob Europa Stellung für seine eigenen Interessen nehmen werde.

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, kommentierte ebenfalls die Aussagen von Perry und erinnerte daran, dass das Projekt auf die Gewährleistung der Energiesicherheit in Europa sowie auf Interessen verschiedener Geschäftskreise, vor allem jener Deutschlands, ausgerichtet sei.

„Es hat nichts mit Politik zu tun“, erklärte er. ...

de.sputniknews.com: **Strafverfahren wegen Hochverrats: Ukrainische Justiz ermittelt gegen Poroschenko**

Das Staatliche Ermittlungsbüro der Ukraine hat am Dienstag ein Strafverfahren gegen den früheren Präsidenten Petro Poroschenko aufgenommen - wegen des Verdachts auf Hochverrat. Nach Angaben der Behörde geht die Entscheidung auf die Vorwürfe zurück, die der ehemalige stellvertretende Verwaltungsleiter von Ex-Staatschef Viktor Janukowitsch, Andrej Portnow, hinsichtlich des Vorfalls in der Meerenge von Kertsch erhoben hat.

Poroschenko hätte Hochverrat begangen, als er ukrainische Matrosen im November 2018 dorthin entsandt hätte, so Portnow.

„Präsident Poroschenko wollte das Kriegsrecht im Land einführen. Dafür opferte er Bürger, ukrainische Seeleute. Er musste sich im Klaren sein und voraussehen, dass sie zumindest gefangen genommen werden und im Höchstfall sterben könnten. (...) Wir schätzen, dass diese Handlungen schädlich für die ukrainische Verteidigungsfähigkeit waren. Diese Aktionen zielten darauf ab, die nationale Sicherheit zu unterminieren“, sagte er in einer beim TV-Sender Newsone ausgestrahlten Sendung.

Die russische Küstenwache hatte am 25. November drei ukrainische Schiffe aufgebracht und die 24-köpfige Besatzung, darunter mindestens zwei Geheimdienstler, festgesetzt. Die Schiffe, die Waffen an Bord hatten, wollten ins Asowsche Meer fahren, ohne dass die Durchfahrt zuvor beim russischen Grenzschutz angemeldet worden war.

Die Schiffe mit abgeschalteten Transpondern drangen unerlaubt in das russische Territorialgebiet ein und reagierten nicht auf Warnungen der russischen Seite, dass sie die Staatsgrenze verletzt hätten.

Moskau bezeichnete dies als Verstoß gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen sowie gegen bilaterale Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern.

Wie der russische Präsident Wladimir Putin betonte, handelte es sich um eine „geplante Provokation“, wovon sowohl die Dokumente als auch „die Aussagen der Matrosen selbst“ zeugen würden.